

fcg Journal

Team Thomas Krebs

Juni 2026

wiener
lehrerInnen

Auf das
C
kommt es an!



Verlässlich. Kompetent. STARK für DICH.

Editorial

Thomas Krebs

Vorsitzender fcg
 der wienweiten Personalvertretung
 thomas.krebs@fcg-wien-aps.at



Liebe Kolleginnen!
Liebe Kollegen!

Warum ist Sozialpartnerschaft uns wichtig?

Sozialpartnerschaft bedeutet, dass von den ArbeitnehmerInnen demokratisch gewählte VertreterInnen, die der Minister sich nicht aussuchen kann, mit dem Dienstgeber verhandeln. Der Minister lehnt Sozialpartnerschaft ab und sucht sich stattdessen nicht demokratisch legitimierte Personen nach seiner persönlichen Auswahl, mit denen er seine Ideen abstimmt. Dann tritt er vor die Kamera und sagt: „Ich habe ja mit PädagogInnen gesprochen, und diese haben meinen Vorschlägen zugestimmt.“ Anstatt sich mittels Sozialpartnerschaft der Demokratie unterzuordnen, agiert er autokratisch. Aus demokratiepolitischen Gründen sind wir besorgt, wenn Sozialpartnerschaft mit Füßen getreten wird.

Manche SchülerInnen sind nicht mehr beschulbar

Die Ankündigung des Bildungsministers, SchülerInnen während einer Suspendierung zu begleitenden Maßnahmen zu verpflichten, stellt eines der vielen Beispiele für die Vorgehensweise des Bildungsministers dar.

Gerade bei einem Thema wie der Suspendierungsbegleitung ist die Einbindung der Gewerkschaft wichtig, da diese über ihre Mitglieder und gewählten FunktionsträgerInnen, die alle PädagogInnen sind, über die fachliche Expertise und die Kenntnisse der wirklichen Probleme der Schulen verfügt.

Es gibt immer mehr SchülerInnen, die aufgrund ihres Verhaltens nicht beschulbar sind. Die Suspendierung bleibt in vielen Fällen die einzige Maßnahme, die die Schulen ergreifen können, um eskalierende Situationen in den Schulen zu entschärfen. Die Absicht, suspendierte SchülerInnen nicht sich selbst zu überlassen, sondern diese SchülerInnen zu einem pädagogischen und sozialen Begleitprogramm zu verpflichten, ist grundsätzlich zu begrüßen.

Die anfänglichen Zusicherungen des Bildungsministers, die Suspendierungsbegleitung an externe Vereine oder andere außerschulische Einrichtungen zu delegieren, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Stattdessen stellt es sich heraus, dass der Minister die Absicht zu haben scheint, dass Schulleitungen und LehrerInnen auch bei der Suspendierungsbegleitung mit einer zusätzlichen Arbeit belastet werden.

Erhalt und Weiterentwicklung der spezialisierten Schulstandorte

Der Minister ist gut beraten, einen Blick auf die gelebte schulische Praxis zu werfen. In Wien gibt es eigene Schulen, die für die Betreuung von SchülerInnen mit sozialen und emotionalen Entwicklungsdefiziten spezialisiert sind. Als StandesvertreterInnen der fcg – wiener lehrerInnen Team Thomas Krebs haben wir uns stets dafür eingesetzt, diese Schulen vor einer drohenden Schließung zu schützen und stattdessen die Kapazitäten dieser Standorte auszubauen, um den tatsächlichen Bedürfnissen gerecht werden zu können. Dafür sollte sich der Minister ebenfalls einsetzen, statt in den Schulen durch unüberlegte Ankündigungen Verunsicherung hervorzurufen.

Weiters fordern wir als fcg – wiener lehrerInnen Team Thomas Krebs, dass in Einzelfällen SchülerInnen, die aufgrund ihrer schwerwiegenden Verhaltensauffälligkeiten auch mit diesen schulischen Möglichkeiten nicht mehr

betreut werden können, außerschulisch in eigenen sozialpädagogischen Einrichtungen untergebracht werden. Die Wiener Landesregierung hat jetzt diese Forderung in einem ersten Schritt aufgenommen. Ab Mai sollen Minderjährige, die mehrfach straffällig geworden sind, aus ihrem privaten und schulischen Umfeld herausgenommen und temporär in eigenen Auszeit-WGs untergebracht werden. Ein Ausbau dieses Systems kann die Schulen tatsächlich unterstützen und muss daher weiter vorangetrieben werden.

Als LandesvertreterInnen der fcg – wiener lehrerInnen Team Thomas Krebs fordern wir daher:

- Schulen für SchülerInnen mit sozial-emotionalen Defiziten müssen ausgebaut werden, um den tatsächlichen Bedarf abdecken zu können.
- Die Suspendierungsbegleitung muss von außerschulischen Einrichtungen übernommen werden und ist nicht die Aufgabe der LehrerInnen und Schulleitungen.
- Eine eigene Lehramtsausbildung für Sonderpädagogik, die die Bereiche der Sonderpädagogik in der breiten Vielfalt abdeckt und gut auf die schulische Realität vorbereitet, muss umgehend wieder eingeführt werden. Die Bundesregierung muss hier dem eigenen Regierungsprogramm, in dem eine eigenständige Lehramtsausbildung für Inklusion und Sonderpädagogik vorgesehen ist, in der Bildungspolitik vorrangig nachkommen.

Schulrankings bieten keine Transparenz, sondern schaffen neue Probleme

Bildungsminister Wiederkehr hat im April medial eine weitere schulische Neuerung angekündigt. Ab Herbst sollen Leistungsergebnisse, die durch Kompetenzmessungen erhoben werden, veröffentlicht werden. Unter dem Aufhänger der Transparenz sollen Daten, die in der bisherigen Regelung schulintern verwendet werden, allen zugänglich gemacht werden. In zahlreichen Rückmeldungen von Schulleitungen und LehrerInnen wurde mir der Ärger über diese Vorgangsweise, Schulen plötzlich nach punktuell erhobenen Testergebnissen zu werten, mitgeteilt.

Auch hier hat der Bildungsminister nicht den früher üblichen Weg der Sozialpartnerschaft gewählt, sondern, ohne die gewerkschaftlichen VertreterInnen zu Rate zu ziehen, agiert.

Der Minister betont, dass es einen „fairen Vergleich“ von Schulen geben soll. Was soll daran fair sein, wenn Testergebnisse, die ein verzerrend kleiner Ausschnitt der schulischen Leistungen sind, als repräsentativer Wert in der Öffentlichkeit dargestellt werden? Schule besteht aus sehr vielen Bereichen. Die Qualität einer Schule lässt sich niemals auf einen solchen punktuellen Erhebungswert einer Testung reduzieren. Auf diese Weise entsteht ein Schul-Ranking, das fatale Auswirkungen auf die Entwicklung einer Stadt haben kann.

Auf der Suche nach der „besten“ Schule werden Eltern durch die Offenlegung der Testergebnisse noch häufiger bereit sein, ihr Kind weit weg von der eigenen Wohnadresse unterrichten zu lassen. Das heißt, dass immer mehr Kinder den Schulweg nicht selbst bewältigen können, sondern lange Fahrten zur Schule in Begleitung der Eltern benötigen. Das Eltern-Taxi wird noch häufiger erforderlich sein. Will der Minister durch solche Maßnahmen den Autoverkehr in der Stadt erhöhen?

Eltern werden durch die Maßnahme des Bildungsministers immer häufiger ihren Wohnort dort wählen, wo es auch entsprechend hoch bewertete Schulen gibt. Manche Eltern melden außerdem den Wohnsitz des Kindes beispielsweise bei Großeltern, um den Schulbesuch einer hoch bewerteten Schule in der Nähe zu begründen. Die soziale Durchmischung geht dadurch immer weiter zurück, obwohl diese als Ziel einer funktionierenden Sozialpolitik und als Bedingung für gelingende Schule genannt wird. Will das der Minister?

Mittleres Management für Pflichtschulen im Nationalrat beschlossen

Vor den Osterferien wurde im Nationalrat die Einführung eines mittleren Managements für Pflichtschulen beschlossen. Die Einführung des mittleren Managements erfolgt gestaffelt:

- ab 1. September 2026 an großen Schulen mit mindestens 15 Klassen
- ab 1. September 2027 an kleineren Schulen mit 14 oder weniger Klassen

Schulen mit mindestens 15 Klassen

Etwa 170 Wiener Pflichtschulen, also etwa ein Drittel, führen 15 Klassen oder mehr. Diesen Schulen stehen Stunden im Ausmaß der Anzahl der Klassen minus zwei als Ressource für das mittlere Management zu. Es zählen ausschließlich die Klassen laut Schulorganisationsgesetz. Nicht mitgezählt werden daher Deutschförderklassen oder Gruppen aus der Ganztagsbetreuung.

Die Stunden für das mittlere Management sind als zusätzliche Ressource verbindlich vorgesehen und müssen am Standort entsprechend eingesetzt werden.

Die Verteilung der Ressource für das mittlere Management kann auf bis zu vier Personen erfolgen.

Die Obergrenze beträgt 44 Stunden (das entspricht zwei Vollbeschäftigungen).

Der Stichtag für die Berechnung der Ressourcen nach Klassenzahl ist der 1. Oktober (Oktobererhebung).

Umsetzung an den Standorten

Laut Bildungsministerium soll die Umsetzung des mittleren Managements an Schulen mit mindestens 15 Klassen durch die Schulleitungen am Schulstandort autonom erfolgen. Die Auswahl der Lehrpersonen erfolgt schulintern durch die Schulleitungen. Die Schulleitungen sollen das Interesse für die Tätigkeit im mittleren Management erheben und die entsprechenden Lehrpersonen auswählen. Empfohlen wird dabei beispielsweise, auf Erfahrung, Führungsinteresse und Verlässlichkeit zu achten.

Die exakte Aufgabenverteilung soll im Rahmen eines schlanken und knappen Organisationsplans festgelegt werden.

Mögliche Modelle des mittleren Managements

In den Erläuterungen des Bildungsministeriums werden beispielhaft zwei mögliche, aber nicht verbindliche Modelle angeführt:

- **Modell 1:** Bereichsleitungen „Organisation“ und „Lehren & Lernen“
Die Bereichsleitung Organisation soll in erster Linie für pädagogisch-administrative Angelegenheiten mit der Zielsetzung effizienterer Abläufe am Schulstandort verantwortlich sein.
- **Modell 2:** Teamleitungen, etwa im Wege von Jahrgangsteams
Die Bereichsleitung Lehren & Lernen soll vordergründig in den vielfältigen pädagogischen Agenden und somit für die Verbesserung des Unterrichts zuständig sein.

Weitere Modelle sind schulautonom möglich.

Schulen mit weniger als 15 Klassen

Für alle Wiener Pflichtschulen, die weniger als 15 Klassen haben, wird es im Schuljahr 2026/27 eine Über-

gangsregelung mit einer reduzierten, gestaffelten Zuteilung geben. Erst danach ist ein Vollausbau des mittleren Managements vorgesehen (weitere Ressourcen für die pädagogisch-administrative Fachkraft im Schuljahr 2026/27).

Laut der Bildungsdirektion Wien soll keine Schule weniger Ressourcen für die pädagogisch-administrative Fachkraft bekommen als im laufenden Schuljahr.

Die Ressourcen für die pädagogisch-administrative Fachkraft an Schulen mit weniger als 15 Klassen können an bis zu zwei KollegInnen vergeben werden.

Ab dem Schuljahr 2026/27 sollen folgende Einrechnungsstunden für das mittlere Management bei Schulen mit weniger als 15 Klassen ausgegeben werden:

- 1 bis 4 Klassen: 1 Wochenstunde
- 5 bis 8 Klassen: 3 Wochenstunden
- 9 bis 11 Klassen: 4 Wochenstunden
- 12 bis 13 Klassen: 6 Wochenstunden
- 14 Klassen: 10 Wochenstunden

Kritikpunkte – offene Fragen

Das Modell des mittleren Managements wurde ohne sozialpartnerschaftlichen Dialog, also ohne Einbindung der gewählten Landesvertretung aus der Gewerkschaft, durch den Bildungsminister umgesetzt. Wie bereits berichtet, sind daher einige Fragen weiterhin ungeklärt:

- Die Ressourcen für das mittlere Management sind lediglich durch eine Verordnung geregelt und daher nicht langfristig abgesichert.
- Es besteht die Gefahr, dass die eigenen Ressourcen für die Sekretariatskräfte an Pflichtschulen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden und daher aus den Ressourcen aus dem mittleren Management für Sekretariatskräfte verwendet werden müssen.
- Weiterhin ist vollkommen unklar, welche Arbeitsräume und welche Ausstattung LehrerInnen, die im mittleren Management tätig sind, zur Verfügung gestellt werden.

Jede zweite Lehrperson in Wiener Pflichtschulen ist teilbeschäftigt

Immer mehr Wiener PflichtschullehrerInnen arbeiten in Teilzeit. Aktuelle Zahlen, die aufgrund einer Anfrage im Rathaus erhoben wurden, zeigen für den Zeitraum des Schuljahres 2024/25, dass 49,2 % der Wiener PflichtschullehrerInnen in Teilzeit beschäftigt waren. Die Steigerung des Anteils an Teilbeschäftigten hat in den letzten Jahren konstant um einige Prozentpunkte zugenommen. Sehr besorgniserregend ist allerdings der sprunghafte Anstieg von 37 % Teilbeschäftigten im Schuljahr 2023/24 auf die erhobenen 49,2 % im darauffolgenden Schuljahr.

Alle Schularten sind von dieser Entwicklung stark betroffen. In der Volksschule gibt es mit einem Anteil von 51,1 % bereits mehr teilbeschäftigte als vollbeschäftigte LehrerInnen.

In einer Umfrage, an der einige hundert Wiener LehrerInnen teilgenommen haben, wurden unter anderem die Gründe für Teilzeit erfragt. Der mit 42,7 % der betroffenen KollegInnen am meisten genannte Grund, um in Teilzeit zu arbeiten, sind Betreuungspflichten, beispielsweise für eigene Kinder oder für nahe Angehörige. 33,3 % gaben das Studium als Begründung an. Erschreckend ist, dass fast 11 % der Befragten wegen Überlastung

und 8 % aus gesundheitlichen Gründen nicht in Vollzeit arbeiten können.

Als LandesvertreterInnen der fcg – wiener lehrerInnen Team Thomas Krebs sehen wir unsere dringenden Forderungen nach Attraktivierung des Lehrberufs in Wien durch diese Zahlen bestätigt. Ohne ausreichend viele LehrerInnen in Vollbeschäftigung ist ein Schulbetrieb sehr schwierig zu gestalten. Das betrifft beispielsweise die Vergabe der Klassenführungen. Die Begründungen der KollegInnen, warum sie nicht in Vollzeit arbeiten können, sind ernst zu nehmen. Fehler der Wiener Landespolitik und des Bildungsministers, den Personalnotstand zu verharmlosen, wirken sich stark auf den schulischen Betrieb aus. Das zeigt beispielsweise, dass so viele Studierende bereits unterrichten müssen, um den schulischen Betrieb aufrechtzuerhalten. Die fehlende arbeitsmedizinische Betreuung der Wiener LandeslehrerInnen führt in zu vielen Fällen zu gesundheitlichen Problemen und zu Überlastung. Weiters müssen Maßnahmen gesetzt werden, um die Attraktivität für den Lehrberuf in Wien zu steigern. Es müssen beispielsweise Anreize durch mehr zeitliche bzw. finanzielle Ressourcen gesetzt werden, um die wichtige Tätigkeit der Klassenführung gerne zu übernehmen.

„Bürokratisch aufgebläht“: DirektorInnen unglücklich mit Bildungsreform

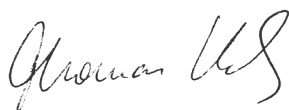
Diese Feststellung geht aus einer Umfrage unter 2200 DirektorInnen aus ganz Österreich hervor, berichtet die Tageszeitung Der Standard am 19.4.2026. Die Hälfte der Befragten sieht eine deutliche Verschlechterung bei der Schulverwaltung, der Schulaufsicht, beim LehrerInnendienstrecht und bei der Ausbildung der LehrerInnen. Hauptkritikpunkte sind, dass der bürokratische Aufwand durch die Auswirkungen der unzähligen Reformen – ganz besonders des Bildungsreformgesetzes von 2017 – stark zugenommen hat, die Dienstbehörde als bürokratisch aufgebläht und personell unterbesetzt wahrgenommen wird und Dokumentations- und Berichtspflichten kaum bewältigbar sind.

Cartoon auf dem Titelbild

Der Cartoon auf dem Titelbild spricht für sich selbst. Nach einem herausfordernden Schuljahr haben wir uns die Pause verdient. Nutzen Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Sommerferien, um ausreichend Energie zu tanken. Auch wenn unsere Tätigkeit uns oft viel abverlangt, hoffe ich, dass Sie auf viele bereichernde und erfolgreiche Momente zurückblicken können.

Im Namen der fcg – wiener lehrerInnen Team Thomas Krebs bedanke ich mich für die Unterstützung, den guten Zusammenhalt und den anregenden Austausch im zu Ende gehenden Schuljahr.

Ich wünsche Ihnen erholsame Sommerferien und einen guten Start ins neue Schuljahr 2026/27!



Mit kollegialen Grüßen
Thomas Krebs

Bundestag der GÖD APS

Am 5. und 6. Mai 2026 fand der 19. Ordentliche Bun-



destag der Gewerkschaft PflichtschullehrerInnen (APS) in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) statt. Die Bundesvertretung 10 ist mit fast 50.000 Mitgliedern die mit Abstand größte Vertretung Berufstätiger in der GÖD. Bei der Neuwahl der Bundesleitung erreichte der Vorsitzende Paul Kimberger eindrucksvolle 99,17 Prozent. Thomas Krebs wurde ebenso mit fast 96 Prozent zum 1. Vorsitzenden-Stellvertreter wiedergewählt.

120 Delegierte aus ganz Österreich haben damit für den Pflichtschulbereich einen umfangreichen inhaltlichen Forderungskatalog für die nächsten fünf Jahre festgelegt.

Gefordert werden darin unter anderem rasche Verbesserungen der dienst- und besoldungsrechtlichen Situation von PädagogInnen an Pflichtschulen, eine deutliche Entlastung von Verwaltung und Bürokratie – damit verbunden eine dem Gesetz entsprechende Umsetzung des flächendeckenden Einsatzes von pädagogisch-administrativem Unterstützungspersonal –, eine Reform der LehrerInnenausbildung mit mehr Praxisbezug, eine eigenständige Lehramtsausbildung für

Sonderpädagogik und eine der Realität entsprechende Aufstockung der Ressourcen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die Attraktivierung des Lehrberufs beispielsweise durch eine deutliche Aufwertung der Klassenführung sowie eine flächendeckende arbeitsmedizinische Betreuung für LandeslehrerInnen. Gewählt wurden weiters die Mitglieder der Bundesleitung als höchstes gewerkschaftliches Gremium der



Gewerkschaft PflichtschullehrerInnen. Als fcg – wiener lehrerInnen Team Thomas Krebs sind wir neben dem stellvertretenden Vorsitzenden Thomas Krebs durch Helga Darbandi, Johannes Idinger, Christoph Liebhart und Stephan Maresch vertreten. Ergänzt wird unser Team durch die Mitglieder der erweiterten Bundesleitung Linda Antoni, Barbara Fasching, Martin Groß, Kristof Schell und Arash Taheri.

Alle Fotos: @Foto Andi Bruckner



Dienstrecht darf nicht spalten

Christoph Liebhart

Mitglied im Zentralausschuss
(=wienweite Personalvertretung)
christoph.liebhart@fcg-wien-aps.at



Schulen sind dann besonders stark, wenn Zusammenarbeit nicht nur ein Schlagwort bleibt, sondern im Alltag tatsächlich gelebt wird. Kollegialität, gegenseitige Unterstützung und ein verantwortungsbewusstes Miteinander bilden die Grundlage für guten Unterricht und ein funktionierendes Schulsystem. Umso problematischer ist es, wenn Menschen mit vergleichbaren Aufgaben im Schulbetrieb unterschiedlich behandelt werden – allein aufgrund ihres jeweils geltenden Dienstrechts.

Die Vielzahl an parlamentarischen Initiativen im Hinblick auf 2026 zeigt deutlich, dass diese Frage längst nicht nur eine administrative Detailproblematik ist, sondern viele Betroffene unmittelbar beschäftigt. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere Zulagen und finanzielle Anerkennungen, die je nach dienstrechtlicher Einstufung unterschiedlich geregelt sind. Während bestimmte Tätigkeiten in einem System selbstverständlich abgegolten werden, bestehen in anderen Fällen eingeschränkte oder gar keine vergleichbaren Ansprüche. Das betrifft nicht nur Lehrpersonen im Unterricht, sondern ebenso Personen in Leitungsfunktionen wie Schulleiterinnen und Schulleiter sowie deren Stellvertretungen.

Dabei geht es ausdrücklich nicht um Sonderrechte oder zusätzliche Privilegien. Vielmehr steht eine grundlegende Frage der Fairness im Raum: Soll eine Tätigkeit, die in Verantwortung, Belastung und Anspruch vergleichbar ist, unterschiedlich bewertet werden – nur weil sie unter ein anderes Dienstrecht fällt? Ob Klassenführung, die Übernahme pädagogischer Zusatzaufgaben oder die Verantwortung für Schulentwicklung und Personalführung: Die Anforderungen im schulischen Alltag ähneln sich in vielen Bereichen stärker, als es die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen vermuten lassen.

Besonders deutlich werden die Unterschiede dort, wo sie sich konkret im Alltag auswirken. Unterschiedliche Zulagenregelungen führen nicht nur zu finanziellen Ungleichheiten, sondern auch zu einem wachsenden Gefühl mangelnder Anerkennung. Wer denselben Einsatz leistet, aber eine geringere oder gar keine zusätzliche Abgeltung erhält, empfindet dies zwangsläufig als Ungleichbehandlung. Und wenn vergleichbare Führungsverantwortung unterschiedlich honoriert wird, entstehen Spannungen, die das Vertrauen innerhalb des Kollegiums belasten können.

Solche Entwicklungen bleiben nicht ohne Folgen. Sie wirken sich auf die Stimmung im Team aus, beeinflussen die Motivation und können langfristig das gemeinsame Verständnis von Berufsethos schwächen. Gerade in einer Zeit, in der Schulen mit steigenden Anforderungen, wachsendem administrativem Aufwand und einem spürbaren Lehrkräftemangel konfrontiert sind, ist ein stabiler innerer Zusammenhalt jedoch wichtiger denn je. Jede strukturelle Ungleichbehandlung, die als ungerecht empfunden wird, birgt das Risiko, diesen Zusammenhalt zu untergraben.

Die Vielzahl an politischen Initiativen und Anträgen ist daher auch als deutliches Signal zu verstehen. Sie machen sichtbar, dass der Wunsch nach nachvollziehbaren, einheitlichen und fairen Regelungen breit verankert ist. Wo Aufgaben, Verantwortung und Belastung vergleichbar sind, sollte dies auch in der dienstrechtlichen und finanziellen Anerkennung Entsprechend abgebildet werden.

Letztlich bleibt ein zentraler Grundsatz, der nicht an Aktualität verliert: Entscheidend darf nicht das jeweilige Dienstrecht sein, sondern die tatsächlich übernommene Verantwortung und die im Schulalltag geleistete Arbeit.



Christoph „Stoffl“ Klempa

christoph.klempa@fcg-wien-aps.at

Spitze Feder

Eine weitere Folge aus der mittlerweile gefürchteten Satire-Serie „Wiederkehrs Wunderwerk“

„Gut gemeint ist auch reformiert“

Wer glaubt, dass Schulen vor allem Ruhe, Planungssicherheit und ausreichend Personal brauchen, hat offenbar die aktuelle Reformgeschwindigkeit des zuständigen Bildungsministers der Republik noch nicht verinnerlicht. Denn während Lehrkräfte noch versuchen, die letzte Neuerung zu lesen und zu verarbeiten, wird bereits das nächste revolutionäre Glanzlicht präsentiert und vollmundig durch die Medienlandschaft gejagt: Stillstand ist Rückschritt, Atemholen ebenfalls.

Wer als Lehrkraft den Überblick behalten möchte, sollte neben pädagogischen Fähigkeiten inzwischen auch Projektmanagement, Change-Management, die Resilienz einer tscherno-bylischen Küchenschabe und die Ausdauer eines Marathonläufers mitbringen.

Besonders spannend präsentiert sich der sogenannte Chancenbonus: (Viel Chance auf wenig Bonus? ;) Die Idee klingt hervorragend: Schulen mit größeren Herausforderungen sollen zusätzliche Unterstützung erhalten. Wer halbwegs alle Latten am Zaun hat, kann doch bei diesem unwiderstehlichen Angebot nicht dagegen sein?

In der Praxis stellt sich allerdings die Frage, ob der Bonus tatsächlich dort ankommt, wo er gebraucht wird – oder ob er vor allem die Zahl der Excel-Tabellen erhöht. An vielen Standorten lautet die Rückmeldung sinngemäß: „Vielen Dank für die zusätzlichen Mittel. Schade nur, dass wir dafür keine zusätzlichen (brauch-

baren) Menschen bekommen.“

Denn Fördergelder lösen zwar viele Probleme auf Papier, ersetzen aber weder fehlende Lehrkräfte noch fehlendes Unterstützungspersonal, SozialarbeiterInnen oder administrative Entlastung. Es erinnert ein wenig an jemanden, der einem verdurstenden Wanderer eine besonders schöne Wasserrechnung schenkt.

Der Chancenbonus soll Chancen schaffen. Das ist ein wichtiges und richtiges Ziel. Allerdings entsteht der Eindruck, dass manche Schulen vor allem eine zusätzliche Aufgabe erhalten haben: herauszufinden, wie man mit begrenzten Ressourcen immer neue Erwartungen erfüllt.

Natürlich braucht Schule Entwicklung. Niemand fordert, dass alles bleibt, wie es immer war. Doch viele Kolleginnen und Kollegen stellen sich mittlerweile eine andere Frage: Braucht Schule wirklich noch eine weitere Reform – oder zuerst ausreichend Personal, kleinere Klassen, mehr Unterstützungssysteme und verlässliche Rahmenbedingungen?

Denn solange Kolleginnen und Kollegen monatelang auf einen Vertrag, eine verlässliche Einstufung oder Zulagen warten, solange bereits erfahrenen und bewährten Pädagogen und Pädagoginnen mit abgeschlossenem Bachelorstudium die Gehaltsstufe eingefroren wird, weil sie den Master nicht zeitgerecht nachgereicht haben, gleichzeitig aber qualifiziertes Personal an allen Ecken und Enden im System fehlt, verkommt ein System, welches sich derart selbst im Weg steht zur bildungspolitischen Clownnummer.

Denn die größte Chance für Schüler:innen

entsteht oft nicht durch den nächsten wohlklingenden Programmtitel, sondern durch genügend Zeit, Ressourcen und Menschen im Schulalltag.

Und während die Reformmaschine zuverlässig weiterläuft, wünschen sich die meisten Kolleginnen und Kollegen etwas geradezu Revolutionäres: Eine Phase, in der gute Arbeit nicht ständig neu organisiert, sondern einfach er-

möglicht wird.

Das wäre vielleicht die überraschendste Reform von allen.

Einen schönen und erholsamen Sommer aber vor allem Gesundheit wünscht euch von Herzen

Stoffl

Dipl.Päd. Christoph Klempa BEd

Veranstaltungen

Wiener LehrerInnentag 2026



Am 27. April 2026 fand in der Wiener Prater Alm der Wiener LehrerInnentag 2026 statt. Die Veranstaltung wurde als Kooperation der FCG – Wiener LehrerInnen Team Thomas Krebs und der CLW – Christliche LehrerInnen-schaft Wiens organisiert.

Im Mittelpunkt des Abends stand ein unterhaltsamer Live-Talk mit dem ehemaligen Fußball-Nationalspieler Andi Herzog, der von Martin Groß interviewt wurde. Dabei gab Herzog humorvolle und persönliche Einblicke in seine Schulzeit und



sorgte mit seinen pointierten Aussagen immer wieder für Gelächter im Publikum.

Rund 200 Pflichtschullehrerinnen und -lehrer folgten dem Gespräch in entspannter Atmosphäre. Im Anschluss an den Talk klang der Abend bei einem gemütlichen Beisammensein mit Buffet aus und bot Gelegenheit für informellen Austausch und Vernetzung.



Die Veranstaltung setzte damit bewusst auf ein lockeres Format und einen stimmungsvollen Ausklang im Kreis der Wiener Pflichtschullehrerschaft.



Martin „Lois“ Groß

Personalvertreter in der Region Ost 1
(=2. Gemeindebezirk)
martin.gross@fcg-wien-aps.at

Wenn Anerkennung erst erkämpft werden muss

Vor Kurzem erreichte mich die Mail einer Kollegin, die nach fast zwei Jahren Kampf endlich die korrekte Gehaltseinstufung erhielt, die ihr längst zustand – inklusive einer Nachzahlung von über 21.000 Euro.

21.000 Euro.

Diese Summe ist mehr als nur ein Fehler im System. Sie zeigt, wie lange Kolleginnen und Kollegen warten müssen, um zu bekommen, was ihnen rechtlich zusteht.

Was von den Verantwortlichen in der Dienstbehörde und in der Wiener Bildungspolitik gern als Einzelfall verharmlost wird, ist Realität für viele: falsche oder verspätete Einstufungen, monatelange Verzögerungen bei Abrechnungen, offene Fortbildungskosten, nicht erstattete Sprach- oder Sportwochen – und ein bürokratischer Aufwand, der zusätzlich belastet.

Es geht hier nicht um Luxus oder Extrawünsche. Es geht um Geld, das verdient wurde, um Leistungen, die erbracht wurden, um Auslagen, die oft über Monate privat vorgestreckt werden müssen.

Und es geht um Respekt und Wertschätzung.

Wer engagiert arbeitet, Verantwortung übernimmt, sich fortbildet und sich Tag für Tag für unsere Kinder und Jugendlichen in Wien einsetzt, darf erwarten, dass die Grundlagen der Verwaltung funktionieren: korrekte Gehaltsauszahlung, transparente Prozesse der Bearbeitung und angemessene Erreichbarkeit der Ansprechpersonen in der Dienstbehörde. Nicht ständiges Nachfragen, Drängen oder gar Kämpfen um das

Selbstverständliche.

Hier beginnt die Arbeit der Personalvertretung.

Viele Verfahren dauern Monate oder Jahre. Unzählige Gespräche, Schriftverkehr und hartnäckiges Nachhaken sind nötig, bis berechtigte Ansprüche anerkannt werden. Hinter jedem Fall steht ein Mensch – oft frustriert, verunsichert und enttäuscht.

Besonders belastend ist für viele KollegInnen das Gefühl, allein kämpfen zu müssen.

Deshalb ist unsere Aufgabe nicht nur formal: Wir sind präsent. Wir hören zu. Wir bleiben dran. Wir haken nach. Und manchmal sagen wir schlicht: „Wir geben nicht auf.“

Denn eines ist klar: Rechte dürfen nicht davon abhängen, ob jemand hartnäckig ist.

Es braucht funktionierende Verwaltungsabläufe, transparente Prozesse und ausreichend Ressourcen für die MitarbeiterInnen in der Dienstbehörde, damit Kolleginnen und Kollegen nicht monatelang auf das warten müssen, was ihnen zusteht – egal in welchem Bezirk die KollegInnen unterrichten oder in welcher Abteilung ein Anliegen bearbeitet wird.

Jede meiner Nachrichten an die Kollegin endete mit den Worten:
„Wir kriegen das hin.“

Oft kriegen wir es gemeinsam hin.

Aber unser Ziel muss sein, dass solche Kämpfe in Zukunft gar nicht mehr nötig sind.

September 2026		
Di	1	
Mi	2	
Do	3	
Fr	4	
Sa	5	
So	6	
Mo	7	Schulbeginn
Di	8	
Mi	9	
Do	10	fcg - School Opening
Fr	11	
Sa	12	
So	13	
Mo	14	
Di	15	
Mi	16	
Do	17	
Fr	18	
Sa	19	
So	20	
Mo	21	
Di	22	
Mi	23	
Do	24	
Fr	25	
Sa	26	
So	27	
Mo	28	
Di	29	
Mi	30	

Oktober 2026		
Do	1	
Fr	2	
Sa	3	
So	4	
Mo	5	
Di	6	
Mi	7	
Do	8	
Fr	9	
Sa	10	
So	11	
Mo	12	
Di	13	
Mi	14	
Do	15	
Fr	16	
Sa	17	
So	18	
Mo	19	
Di	20	
Mi	21	
Do	22	
Fr	23	
Sa	24	
So	25	
Mo	26	Nationalfeiertag
Di	27	Beginn Herbstferien
Mi	28	
Do	29	
Fr	30	
Sa	31	

November 2026		
So	1	Allerheiligen
Mo	2	Allerseelen
Di	3	
Mi	4	
Do	5	
Fr	6	
Sa	7	
So	8	
Mo	9	
Di	10	
Mi	11	
Do	12	
Fr	13	
Sa	14	
So	15	Hl. Leopold
Mo	16	
Di	17	
Mi	18	
Do	19	
Fr	20	
Sa	21	
So	22	
Mo	23	
Di	24	
Mi	25	
Do	26	
Fr	27	
Sa	28	
So	29	
Mo	30	



Homepage

www.fcg-wien-aps.at



Facebook

facebook.com/fcg.wienaps



Instagram

instagram.com/fcg_wiener_lehrerinnen

März 2027		
Mo	1	
Di	2	
Mi	3	
Do	4	
Fr	5	
Sa	6	
So	7	
Mo	8	
Di	9	
Mi	10	
Do	11	
Fr	12	
Sa	13	
So	14	
Mo	15	
Di	16	
Mi	17	
Do	18	
Fr	19	
Sa	20	
So	21	Palmsontag
Mo	22	Beginn Osterferien
Di	23	
Mi	24	
Do	25	Gründonnerstag
Fr	26	Karfreitag
Sa	27	Karsamstag
So	28	Ostersonntag
Mo	29	Ostermontag
Di	30	
Mi	31	

April 2027		
Do	1	
Fr	2	
Sa	3	
So	4	
Mo	5	
Di	6	
Mi	7	
Do	8	
Fr	9	
Sa	10	
So	11	
Mo	12	
Di	13	
Mi	14	
Do	15	
Fr	16	
Sa	17	
So	18	
Mo	19	
Di	20	
Mi	21	
Do	22	
Fr	23	
Sa	24	
So	25	
Mo	26	
Di	27	
Mi	28	
Do	29	
Fr	30	

Mai 2027		
Sa	1	Staatsfeiertag
So	2	
Mo	3	
Di	4	
Mi	5	
Do	6	Christi Himmelfahrt
Fr	7	
Sa	8	
So	9	
Mo	10	
Di	11	
Mi	12	
Do	13	
Fr	14	
Sa	15	
So	16	Pfingstsonntag
Mo	17	Pfingstmontag
Di	18	
Mi	19	
Do	20	
Fr	21	
Sa	22	
So	23	
Mo	24	
Di	25	
Mi	26	
Do	27	Fronleichnam
Fr	28	
Sa	29	
So	30	
Mo	31	

Dezember 2026		
Di	1	
Mi	2	
Do	3	
Fr	4	
Sa	5	
So	6	
Mo	7	
Di	8	Maria Empfängnis
Mi	9	
Do	10	
Fr	11	
Sa	12	
So	13	
Mo	14	
Di	15	
Mi	16	
Do	17	
Fr	18	
Sa	19	
So	20	
Mo	21	
Di	22	
Mi	23	
Do	24	Hl. Abend
Fr	25	Christtag
Sa	26	Stephanitag
So	27	
Mo	28	
Di	29	
Mi	30	
Do	31	Silvester

Jänner 2027		
Fr	1	Neujahr
Sa	2	
So	3	
Mo	4	
Di	5	
Mi	6	Hl. 3 Könige
Do	7	
Fr	8	
Sa	9	
So	10	
Mo	11	
Di	12	
Mi	13	
Do	14	
Fr	15	
Sa	16	
So	17	
Mo	18	
Di	19	
Mi	20	
Do	21	
Fr	22	
Sa	23	
So	24	
Mo	25	
Di	26	
Mi	27	
Do	28	
Fr	29	
Sa	30	
So	31	

Februar 2027		
Mo	1	Beginn Semesterferien
Di	2	
Mi	3	
Do	4	
Fr	5	
Sa	6	
So	7	
Mo	8	fcg - Ball Masque Noir
Di	9	Faschingsdienstag
Mi	10	Aschermittwoch
Do	11	
Fr	12	
Sa	13	
So	14	
Mo	15	
Di	16	
Mi	17	
Do	18	
Fr	19	
Sa	20	
So	21	
Mo	22	
Di	23	
Mi	24	
Do	25	
Fr	26	
Sa	27	
So	28	



Whatsapp

whatsapp.com/channel/

Schuljahr 2026/27

Juni 2027		
Di	1	
Mi	2	
Do	3	
Fr	4	
Sa	5	
So	6	
Mo	7	
Di	8	
Mi	9	
Do	10	
Fr	11	
Sa	12	
So	13	
Mo	14	
Di	15	
Mi	16	
Do	17	
Fr	18	
Sa	19	
So	20	
Mo	21	
Di	22	
Mi	23	
Do	24	
Fr	25	
Sa	26	
So	27	
Mo	28	
Di	29	
Mi	30	

Juli 2027		
Do	1	
Fr	2	Schulschluss
Sa	3	
So	4	
Mo	5	Beginn Sommerferien



Team Thomas Krebs

**wiener
lehrerInnen**

Wenn das Smartphone zum Babysitter wird

Stephan Maresch, BEd

Vorstandsmitglied der GÖD
 Organisationsreferent der Pflichtschullehrer:innengewerkschaft
 stephan.maresch@goed.at



Demokratie gehört für die meisten Menschen in Österreich zum Alltag. Wahlen, freie Meinungsäußerung und politische Mitbestimmung erscheinen selbstverständlich. Gerade deshalb wird oft übersehen, dass Demokratie keine Naturgegebenheit ist. Sie beruht auf Voraussetzungen, die über Generationen gewachsen sind und die auch in Zukunft gepflegt werden müssen.

Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlgängen oder Mehrheitsentscheidungen. Sie lebt von gemeinsamen Regeln, von gegenseitigem Respekt und von der Bereitschaft, unterschiedliche Interessen auszugleichen. Wo Menschen mit verschiedenen Ansichten zusammenleben, braucht es die Fähigkeit zum Gespräch und zum Kompromiss. Nicht jede Entscheidung wird von allen begrüßt werden. Entscheidend ist jedoch die Bereitschaft, demokratisch zustande gekommene Entscheidungen zu akzeptieren und Konflikte friedlich auszutragen.

Eine freie Gesellschaft kann Vielfalt nur dann dauerhaft tragen, wenn sie zugleich auf gemeinsamen Grundlagen aufbaut. Dazu gehören die Achtung der Menschenwürde, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Anerkennung der Grund- und Freiheitsrechte sowie das Vertrauen in die Institutionen des Rechtsstaates. Diese Werte schaffen Orientierung und geben einer Gesellschaft Stabilität. Die Herausforderungen der Gegenwart machen deutlich, wie wichtig diese Grundlagen sind. Globale Krisen, gesellschaftliche Veränderungen, Migration, Digitalisierung und die zunehmende Geschwindigkeit öffentlicher Debatten führen vielerorts zu Verunsicherung. Gleichzeitig wächst die Erwartung, politische Probleme möglichst rasch zu lösen. Demokratische Entscheidungsprozesse brauchen jedoch Zeit. Sie leben vom Abwägen unterschied-

licher Interessen und vom Bemühen um tragfähige Lösungen. Hinzu kommt eine Entwicklung, die in den vergangenen Jahren zunehmend sichtbar geworden ist: Die öffentliche Meinungsbildung wird stärker von sozialen Medien beeinflusst. Informationen verbreiten sich in Sekundenschnelle, nicht immer sind sie überprüft oder zutreffend. Vereinfachungen, Polarisierungen und gezielte Desinformation erschweren eine sachliche Auseinandersetzung. Umso wichtiger wird die Fähigkeit, Informationen kritisch zu hinterfragen und unterschiedliche Quellen einzuordnen.

In diesem Zusammenhang erhält ein Begriff neue Aktualität, der seit vielen Jahrzehnten Teil des österreichischen Staatsverständnisses ist: die Geistige Landesverteidigung. Gemeint ist damit nicht militärische Verteidigung, sondern die Bereitschaft einer Gesellschaft, ihre demokratischen Grundlagen zu kennen, zu schätzen und zu schützen. Sie umfasst politische Bildung ebenso wie Verantwortungsbewusstsein, Urteilsfähigkeit und die Fähigkeit, Manipulationsversuchen zu widerstehen. Gerade Schulen leisten dazu einen unverzichtbaren Beitrag. Sie vermitteln nicht nur Wissen, sondern bieten jungen Menschen die Möglichkeit, demokratisches Handeln im Alltag zu erleben. Respektvoller Umgang, Mitbestimmung, gemeinsame Verantwortung und das Einhalten vereinbarter Regeln sind Erfahrungen, die weit über den Unterricht hinausreichen. Aktuelle Studien zeigen, dass das Vertrauen in demokratische Institutionen nicht mehr überall selbstverständlich ist. Besonders junge Menschen äußern teilweise Zweifel daran, ob politische Systeme die großen Herausforderungen unserer Zeit ausreichend bewältigen können. Diese Entwicklung sollte ernst genommen werden. Sie macht deutlich, wie wichtig politische Bildung und die Stärkung demokratischer Kompe-

tenzen sind.

Die Schule hat hier einen besonderen Auftrag. Sie soll junge Menschen dazu befähigen, eigenständig zu denken, unterschiedliche Standpunkte zu verstehen und Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen. Demokratiebildung bedeutet nicht, bestimmte politische Positionen vorzugeben. Vielmehr geht es darum, die Grundlagen eines respektvollen und verantwortungsbewussten Zusammenlebens zu vermitteln.

Demokratie bleibt eine Aufgabe für jede Generation. Sie lebt von Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, Regeln einzuhalten und sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt können nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Sie müssen immer wieder neu gestärkt und mit Leben erfüllt werden.

Gerade deshalb kommt Bildung und unseren Schulen eine besondere Bedeutung zu. Wer junge Menschen zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern begleitet, leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunft unserer Demokratie und damit auch zur Zukunft unseres Landes. Wenn Demokratie auch in Zukunft Bestand haben soll, müssen Schulen die notwendigen Ressourcen, Freiräume und das Vertrauen erhalten, ihren Bildungsauftrag erfüllen zu können. Weniger Verwaltung und mehr Zeit für pädagogische Arbeit sind dabei kein Selbstzweck, sondern eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Lehrerinnen und Lehrer tragen täglich Verantwortung weit über die Vermittlung von Wissen hinaus. Sie prägen Haltungen, fördern Urteilsfähigkeit und stärken demokratische Kompetenzen. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.

goedfcg.at



**Stabilität & Sicherheit
Im Mittelpunkt der Mensch**



Künstliche Intelligenz in der Schule

Chancen, Risiken und Nebenwirkungen

**Florian
Goldgruber, MSc. BEd.**
KI Coach Education
Schulleiter bei Bildungsdirektion NÖ



Künstliche Intelligenz ist längst Teil des Schulalltags. SchülerInnen nutzen ChatGPT für Hausübungen, Lehrkräfte erstellen Arbeitsblätter mit KI und Bildergeneratoren produzieren in Sekunden Unterrichtsmaterialien. Die Entwicklung ist rasant und unumkehrbar.

Die eigentliche Herausforderung liegt daher nicht mehr in der Frage, ob KI eingesetzt wird, sondern wie Schulen verantwortungsvoll damit umgehen.

Ein zentrales Thema ist der Datenschutz. Viele kostenlose KI-Dienste speichern und verarbeiten Nutzerdaten außerhalb Europas. Namen, Prompts oder personenbezogene Informationen können dabei problematisch werden. Gerade im schulischen Kontext braucht es deshalb klare Regeln und datenschutzkonforme Lösungen.

Auch Leistungsfeststellung verändert sich massiv. KI kann Texte, Zusammenfassungen oder ganze Referate erzeugen, oft so gut, dass klassische Plagiatserkennung kaum mehr funktioniert. Schulen müssen daher Aufgabenformate neu denken: mehr Prozessbegleitung, mehr Reflexion und mehr mündliche Leistungen.

Besonders kritisch ist das sogenannte „Halluzinieren“ von KI-Systemen. KI liefert Antworten oft äußerst überzeugend, selbst dann, wenn Inhalte falsch sind. Wer KI nutzt, braucht daher mehr denn je Medienkompetenz, Quellenkritik und fachliches Wissen.

Hinzu kommen neue Gefahren wie Deepfakes oder KI-gestütztes Cybermobbing. Mit wenigen Klicks lassen sich täuschend echte Bilder, Stimmen oder Videos erzeugen. Schulen werden sich künftig verstärkt mit digitaler Ethik, Prävention und rechtlichen

Fragen beschäftigen müssen.

Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass grundlegende Kompetenzen verloren gehen. Wenn KI schreibt, strukturiert und denkt, geraten Fähigkeiten wie Problemlösen, kritisches Denken oder konzentriertes Arbeiten unter Druck. Genau deshalb braucht Schule weiterhin Räume, in denen bewusst ohne KI gearbeitet wird.

Die größte Gefahr liegt jedoch möglicherweise in der schleichenden Abgabe eigener Urteilsfähigkeit. Eine Gesellschaft, die Entscheidungen zunehmend an Maschinen delegiert, wird anfälliger für Manipulation und Desinformation. Schule muss daher mehr denn je Orte schaffen, an denen diskutiert, hinterfragt und kritisch gedacht wird.

KI wird Bildung verändern. Entscheidend ist, dass Pädagogik dabei nicht von Technologie verdrängt wird.

Vortragshinweis

Am 11.03.2027 spricht Florian Goldgruber, MSc. BEd. als KI Coach Education für die fcg - wiener lehrerInnen zum Thema:

„KI in der Schule: Chancen, Risiken und Nebenwirkungen“

Im Fokus stehen konkrete Praxisbeispiele, aktuelle Entwicklungen sowie Strategien für einen reflektierten KI-Einsatz im Bildungsbereich.

Nähere Infos folgen!





Dir. Barbara Fasching

Mitglied im Zentralausschuss
(=wienweite Personalvertretung)
barbara.fasching@fcg-wien-aps.at

Mittleres Management an Schulen: Chance für Entlastung und Schulentwicklung

Die Einführung des Mittleren Managements an österreichischen Schulen soll Schulleitungen entlasten und die Schulentwicklung stärken.

Darum haben wir uns als Landesvertretung der fcg – wiener lehrerInnen Team Thomas Krebs bewusst für ein solches Modell eingesetzt. Jahrgangsteams, Fachkoordinatorinnen und Fachkoordinatoren sowie andere mit Leitungsaufgaben betraute Lehrpersonen übernehmen dabei zusätzliche organisatorische und pädagogische Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Schulstandorte.

Kritisch sehen wir jedoch die konkrete Umsetzung. Die Einführung erfolgte ohne ausreichende Einbindung der Sozialpartner und wirft daher in der Praxis noch offene Fragen auf, deren Auswirkungen derzeit schwer abschätzbar sind.

Ein wesentlicher Punkt betrifft die organisatorische Ausgestaltung. Neue Leitungsebenen können zusätzliche Abstimmungs- und Kommunikationswege mit sich bringen. Daher ist besonders darauf zu achten, dass Zuständigkeiten klar geregelt und Entscheidungsprozesse effizient gestaltet werden, um unnötige Bürokratie zu vermeiden.

Zentral ist zudem die klare Definition der Rollen innerhalb des Kollegiums. Lehrpersonen, die zusätzliche Leitungsaufgaben übernehmen, bewegen sich in einer Doppelrolle zwischen Teammitglied und koordinierender Funktion. Diese besondere Situation erfordert klare Rahmenbedingungen sowie eine transparente und wertschätzende Kommunikation im gesamten

Kollegium.

Ebenso entscheidend ist die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und Aufgabenverteilungen. Transparente Prozesse stärken das Vertrauen im Team und fördern die Akzeptanz neuer Strukturen. Unklare Zuständigkeiten oder mangelnde Kommunikation hingegen können zu Unsicherheiten führen und die Zusammenarbeit erschweren.

Als LandesvertreterInnen der fcg – wiener lehrerInnen Team Thomas Krebs betonen wir daher, dass das Mittlere Management nur dann erfolgreich wirken kann, wenn ausreichende und gesetzlich abgesicherte Zeitressourcen, das Angebot einer hochwertigen Aus- und Weiterbildung sowie klar geregelte Kompetenzen zur Verfügung stehen. Die Übernahme zusätzlicher Verantwortung muss mit den notwendigen Rahmenbedingungen verbunden sein, damit die vorgesehenen Aufgaben erfolgreich und im Interesse der gesamten Schulgemeinschaft erfüllt werden können.

Das Mittlere Management bietet grundsätzlich eine große Chance, Verantwortung breiter zu verteilen und Schulen organisatorisch wie pädagogisch weiterzuentwickeln. Damit diese Chance genutzt werden kann, braucht es jedoch eine sorgfältige, praxisnahe Umsetzung sowie klare Rahmenbedingungen.

Wir werden diesen Prozess weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten und uns dafür einsetzen, dass die Interessen der Lehrpersonen berücksichtigt werden und das Mittlere Management tatsächlich zu einer spürbaren Entlastung und Stärkung der Schulstandorte beiträgt.

Die Niederschrift im Schulbetrieb: Rechtliche Grundlagen und korrektes Verhalten

Helga Darbandi

Mitglied im Zentralausschuss
(=wienweite Personalvertretung)
helga.darbandi@fcg-wien-aps.at



Die Vorlage einer Niederschrift durch die Schulleitung führt bei betroffenen Lehrkräften häufig zu Verunsicherung. Das Verständnis der rechtlichen Bedeutung dieses Dokuments und der eigenen Rechte ermöglicht jedoch ein besonnenes und vorschriftsmäßiges Handeln.

Rechtliche Bedeutung der Niederschrift

Eine Niederschrift wird von der Schulleitung initiiert, wenn einem Dienstgespräch ein offizieller, rechtlich bindender Charakter verliehen werden soll. Darunter fallen beispielsweise Vorwürfe von Dienstpflichtverletzungen, übergreifigem Verhalten oder pädagogische Defizite.

Im Gegensatz zu einem bloßen Aktenvermerk erfordert die Niederschrift eine Gegenzeichnung durch die Lehrkraft. Das unterzeichnete Original wird von der Schulleitung direkt an die Bildungsdirektion übermittelt und dort dauerhaft im offiziellen Personalakt abgelegt. Dieser Akt bildet die Basis für alle potenziellen späteren dienstrechtlichen Maßnahmen. An der Schule verbleibt lediglich eine Kopie in der schulinternen Nebenakte (Evidenz). Betroffene Personen haben ein gesetzliches Recht auf die sofortige Aushändigung einer Kopie.

Korrektes Verhalten bei der Vorlage

In der Praxis wird häufig eine sofortige Unterzeichnung des Protokolls verlangt. Rechtlich besteht jedoch kein Zwang zur sofortigen Unterschrift an Ort und Stelle. Eine vollständige Verweigerung der Unterschrift ist unzweckmäßig, da die Schulleitung gegebenenfalls den Vermerk „Lehrkraft verweigert Unterschrift“ anbringt und das Dokument dennoch an die Bildungsdirektion

weiterleitet.

Die korrekte Vorgangsweise ist eine Unterschrift unter Vorbehalt. Dazu wird handschriftlich direkt neben oder über der Unterschrift ein einschränkender Zusatz vermerkt, wie beispielsweise:

- „Übernommen unter Vorbehalt einer schriftlichen Stellungnahme“
- „Nur zur Kenntnis genommen, inhaltlich bestritten“

Diese Zusätze bestätigen lediglich die formelle Kenntnisnahme des Dokuments, nicht jedoch dessen inhaltliche Richtigkeit. Dies ermöglicht eine anschließende Prüfung der Kernpunkte in Ruhe.

Eine fehlerhafte oder einseitige Niederschrift sollte nicht unkommentiert im Akt verbleiben. Gemäß dem Verfassungsprinzip des rechtlichen Gehörs besteht das Recht, innerhalb von ein bis zwei Wochen eine sachliche, rein faktengestützte schriftliche Stellungnahme (Gegendarstellung) einzureichen.

Die Schulleitung ist verpflichtet, diese Stellungnahme gemeinsam mit der Niederschrift in den Akt aufzunehmen und weiterzuleiten. Sollte die Schulleitung diese Weiterleitung blockieren, kann die Stellungnahme über die offizielle Einbringungsadresse (post@bildung-wien.gv.at) direkt an die Bildungsdirektion übermittelt werden.

Kernpunkte für das Verhalten im Ernstfall

- **Zeit gewinnen:** Bei unerwartet vorgelegten Protokollen ist um Bedenkzeit zu ersuchen. Unterschriften dürfen nicht voreilig oder unter

Druck geleistet werden.

- **Beistand hinzuziehen:** Zu jedem kritischen Dienstgespräch sollte ein Mitglied der Personalvertretung (Dienststellenausschuss) als Zeuge und zur Beratung mitgenommen werden.
- **Schriftliche Stellungnahme verfassen:** Eine sachliche Gegendarstellung stellt sicher, dass die Perspektive der Lehrkraft untrennbar mit der Niederschrift im Personalakt dokumentiert ist. Auch hier ist die Beratung durch die Personalvertretung möglich.

Die wichtigsten Rechtsgrundlagen auf einen Blick

- § 78 Abs. 2a LDG 1984 (Verwendungs- und Vernichtungsgebot): Schriftliche Ermahnungen und Belehrungen verlieren nach drei Jahren ihre Wirkung, dürfen zu keinen dienstlichen

Nachteilen mehr führen und sind zu vernichten, sofern in diesem Zeitraum keine neue Dienstpflichtverletzung begangen wurde.

- § 17 AVG (Akteneinsicht): Lehrkräfte haben das gesetzliche Recht, bei der Bildungsdirektion Einsicht in ihren vollständigen Personalakt zu nehmen und Kopien der darin enthaltenen Dokumente anzufertigen.
- Artikel 17 DSGVO (Recht auf Löschung): Schulinterne Nebenakten und Notizen verlieren bei einer Versetzung ihren legitimen Zweck. Sie dürfen nicht an die neue Schule weitergegeben werden und sind von der abgebenden Schule zu löschen.
- Rechtliches Gehör (Verfassungsprinzip): Es besteht eine behördliche Pflicht, die schriftliche Stellungnahme einer Lehrkraft untrennbar mit der dazugehörigen Niederschrift im Personalakt abzuspeichern.

fcg wiener lehrerInnen
Team Thomas Krebs

Auf das
C
kommt es an!

SCHOOL OPENING

GEMEINSAM STARK INS NEUE SCHULJAHR!

 **DONNERSTAG**
10.9.26
 **AB 18 UHR**

 **STRANDBAR HERRMANN**
HERRMANNPARK, 1030 WIEN
(NEBEN DER URANIA)

Komm vorbei!
WIR FREUEN UNS
AUF DICH!

BEI JEDEM WETTER!
PAVILLON STEHT ZUR VERFÜGUNG



NETZWERKEN



MUSIK



DRINKS



AUSTAUSCH

Jede:r kann doch Lehrer:in sein!?

Sabrina Pichler
Lehrerin in 1050 Wien



Das Bundesland Wien sucht mit Stand Mai 2026 Lehrer:innen für alle Schultypen. Derzeit gibt es rund 2.100 offene Stellen. Voraussetzung für eine Bewerbung ist grundsätzlich ein abgeschlossenes Lehramtsstudium. Können Stellen nicht ausreichend besetzt werden, werden auch Studierende sowie Quereinsteiger:innen aufgenommen.

Viele dieser Menschen entscheiden sich ganz bewusst für den Lehrer:innenberuf. Sie bringen Motivation, Engagement sowie wertvolle Berufs- und Lebenserfahrung mit und leisten damit einen wichtigen Beitrag für unser Bildungssystem. Gerade in Zeiten des Lehrer:innenmangels sind sie längst unverzichtbarer Teil des Schulalltags geworden.

Berufseinstieg braucht Begleitung

Gleichzeitig zeigt die aktuelle Situation deutlich, wie herausfordernd der Einstieg in den Lehrer:innenberuf geworden ist. Unterricht, Klassenführung, Elternarbeit, Leistungsbeurteilung und administrative Aufgaben verlangen jungen Lehrkräften bereits ab dem ersten Tag enorm viel ab.

Dabei entscheidet sich gerade in den ersten Dienstjahren oft, wie resilient Berufseinsteiger:innen ihren Arbeitsalltag bewältigen können und ob sie langfristig im Beruf bleiben. Umso wichtiger ist es, allen Menschen, die in den Lehrer:innenberuf einsteigen – unabhängig davon, ob über ein Lehramtsstudium oder einen Quereinstieg –, das notwendige pädagogische und praktische Rüstzeug mitzugeben.

Die Wiener Zeitung berichtet dazu (Stand Jänner 2026), dass lediglich 44 % der Neuaufnahmen über eine abgeschlossene Lehramtsausbildung verfügen. Diese Zahl zeigt vor allem eines: Das Bildungssystem braucht dringend nachhaltige Konzepte für Ausbildung, Begleitung und Berufseinstieg.

Zwischen Anspruch und Realität

Mit der „PädagogInnenbildung Neu“ (2015/16) sollte die Praxis im Lehramtsstudium eigentlich gestärkt werden. Dennoch erleben viele Berufseinsteiger:innen den Übergang in den Schulalltag weiterhin als große Herausforderung. Die Diskrepanz zwischen theoretischer Ausbildung und schulischer Realität bleibt oft spürbar.

Anfang 2024 beschloss die Bundesregierung eine Verkürzung des Lehramtsstudiums. Ab Herbst 2026 soll nun eine „Reform der Reform“ umgesetzt werden. Entscheidend wird jedoch sein, dass pädagogische Praxis, Begleitung und Unterstützung nicht weiter reduziert, sondern nachhaltig ausgebaut werden.

Mentor:innen leisten hierbei einen besonders wichtigen Beitrag – vor allem in der Induktionsphase. Gleichzeitig braucht es auch für Quereinsteiger:innen gute und realistische Möglichkeiten, berufsbegleitend einen vollwertigen Lehramtsabschluss zu erwerben. Denn gute Ausbildung stärkt nicht nur die einzelne Lehrkraft, sondern langfristig die Qualität unseres gesamten Bildungssystems.

Quo vadis, magistra/magister?

Wer heute in den Lehrer:innenberuf einsteigt,

braucht Motivation, Belastbarkeit und vor allem Unterstützung. Der Lehrer:innenmangel wird sich jedoch nicht allein durch neue „Rekrutierungswege“ lösen lassen. Entscheidend wird sein, wie gut Menschen im Beruf begleitet, ausgebildet und langfristig gehalten werden können.

Denn gute Bildung braucht nicht nur engagierte Lehrer:innen, sondern auch Rahmenbedingungen, unter denen sie wachsen, gesund bleiben und mit Freude unterrichten können.



Anja Podhajski
Lehrerin in 1230 Wien

Literatur:

- Keller-Schneider, M. (2010). Entwicklungsaufgaben im Berufseinstieg von Lehrpersonen. Münster: Waxmann Verlag.
- Klippert, H. (2007). Lehrerentlastung. Strategien zur wirksamen Arbeitserleichterung in Schule und Unterricht (3. Aufl.). Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Wiener Zeitung (2026). Zwischen Berufung und Burnout: Junge Lehrkräfte erzählen. Abgerufen am 11.05.2026.

Wenn der Dresscode „EGAL“ heißt

Die Jogginghose als pädagogische Herausforderung

Sie ist weich, sie ist bequem, sie ist allgegenwärtig: die Jogginghose. Was einst dem Sportunterricht oder dem heimischen Sofa vorbehalten war, hat längst seinen festen Platz im Klassenzimmer gefunden. Bequem, dehnbar, kompromisslos – ein Kleidungsstück, das keine Fragen stellt und schon gar keine Anforderungen. Genau das macht sie so beliebt. Und so stehen wir Lehrpersonen Tag für Tag vor einer interessanten pädagogischen Beobachtung: Wie viel Haltung steckt eigentlich in einer Hose mit lockerem Bund?

Denn was sagt uns die Jogginghose eigentlich? „Ich bin bereit“ – allerdings eher für ein Nickerchen als für eine Schularbeit. Besonders interessant wird es, wenn das gute Stück nicht mehr ganz neu ist. Flecken erzählen Geschichten – leider selten solche, die man im Deutschunterricht analysieren möchte. Irgendwo zwischen Ketchup, Energy-Drink und „Das war schon so“ entsteht ein textiles Zeitdokument des Schülerlebens.

Und dann gibt es noch die Pyjamahosen. Sie

sind so etwas wie die Königsklasse der Bequemlichkeit. Wer in Pyjamahose erscheint, hat eine klare Botschaft: Ich habe den Tag zwar begonnen, aber emotional bin ich noch im Bett. Das ist konsequent, das muss man ihnen lassen.

Im Unterricht entfaltet das Ganze dann seine volle Wirkung. Die Sitzhaltung passt sich dem Outfit an: halb liegend, halb hängend, irgendwo zwischen „Ich höre zu“ und „Ich bin nur zufällig hier“. Die Jogginghose unterstützt dabei optimal – sie macht jede Bewegung mit, auch das langsame Absinken unter den Tisch. Pädagogisch betrachtet eine echte Allrounderin.

Natürlich, fairerweise: Es gibt sie durchaus, die hochmotivierten Schüler:innen im Jogging-Look. Diese arbeiten konzentriert, melden sich engagiert und liefern solide Leistungen ab – ganz unabhängig vom Gummibund. Trotzdem bleibt ein gewisser Widerspruch im Raum: Wenn die äußere Erscheinung nach „Wo ist die nächste Couch?“ aussieht, während innerlich Hochbetrieb herrscht, braucht es schon ein gewisses Maß an mentaler Trennschärfe.

Interessant ist dabei die Wirkung im sozialen Gefüge der Klasse. Jogginghosen schaffen Gleichheit – zumindest optisch. Markenlogos einmal ausgenommen, verschwimmen Unterschiede, Hierarchien werden flacher, der Look wird informeller. Das kann durchaus positive Effekte haben: weniger Druck, mehr Wohlbefin-

sich das Klassenzimmer wie das Wohnzimmer anfühlt, warum sollte man sich dann anders verhalten als dort?

Für uns Lehrpersonen stellt sich damit weniger die Frage nach einem modischen Urteil als nach der pädagogischen Wirkung. Wollen wir Schule als Ort des Lernens und der Entwicklung bewusst von der Freizeit abheben oder akzeptieren wir die Verschmelzung? Die Jogginghose wird so zum Symbol einer größeren Debatte: Wie viel Struktur braucht Bildung, und wie viel Komfort verträgt sie?

Man schwankt nicht mehr zwischen Akzeptanz und Verzweiflung, sondern eher zwischen „Vielleicht ziehe ich morgen auch einfach etwas Bequemes an“ und „Der Kampf ist ohnehin längst verloren“. Die Jogginghose wirkt dabei weniger wie ein Problem als wie ein kultureller Endgegner, der gewonnen hat, ohne wirklich zu kämpfen.

Ein Verbot? Schwierig. Eine Kleiderordnung? Noch schwieriger. Bleibt also die Hoffnung auf Einsicht. Oder zumindest auf Waschmaschinen.

Am Ende ist die Jogginghose nämlich weniger ein Kleidungsstück als ein Statement. Eines, das irgendwo zwischen „Mir ist alles egal“ und „Ich brauch's bequem“ pendelt. Die Herausforderung besteht darin, den Schüler:innen klarzumachen, dass Schule vielleicht nicht immer bequem sein muss, aber dafür manchmal ein bisschen mehr Haltung verträgt.

den, vielleicht sogar mehr Offenheit. Gleichzeitig wird aber auch die Grenze zwischen schulischem Raum und Freizeit zunehmend unscharf. Wenn

Oder, um es ganz einfach zu sagen: Der Stoff darf gern nachgeben. Die Einstellung eher nicht.


 fcg wiener lehrerInnen
Team Thomas Krebs

Unsere Mitglieder in der wienweiten Personalvertretung (=Zentralausschuss Wien)

Mag. Johannes Idinger; Helga Darbandi;
Thomas Krebs (Vorsitzender fcg);
Barbara Fasching, Christoph Liebhart (v. l.)





Mag. Johannes Idinger

Mitglied im Zentralausschuss
(=wienweite Personalvertretung)
johannes.idinger@fcg-wien-aps.at

Service & Info

Belohnung für die Leitung von Schulveranstaltungen im Dienstrecht Jahresnorm

Das Bildungsministerium hat mit Schreiben vom 3. Juni 2026 bekannt gegeben, dass für die Leitung einer mindestens viertägigen Schulveranstaltung für LehrerInnen im Dienstrecht Jahresnorm wieder eine Belohnung in der Höhe von 185 Euro vorgesehen ist. Diese Entscheidung stellt eine wichtige Anerkennung jener KollegInnen dar, die zusätzlich zu ihren vielfältigen Aufgaben Verantwortung für die Organisation und Durchführung mehrtägiger Schulveranstaltungen übernehmen.

Wie die fcg – wiener lehrerInnen Team Thomas Krebs bereits mehrfach aufgezeigt hat, wurden zu Beginn des Schuljahres auf Initiative von Bildungsminister Wiederkehr rund 80 Prozent der bisherigen Erlässe, Rundschreiben und Verordnungen mit dem Ziel einer sogenannten „Verwaltungsvereinfachung“ ersatzlos gestrichen. Dabei fielen jedoch nicht nur entbehrliche Bestimmungen weg, sondern auch Regelungen, die für den Schulalltag von großer Bedeutung waren. Dazu gehörte auch die Grundlage für die Auszahlung der Belohnung an LehrerInnen im Dienstrecht Jahresnorm, die die Leitung von mehrtägigen Schulveranstaltungen übernehmen.

Gerade diese Veranstaltungen sind mit erheblichem zusätzlichem Aufwand verbunden. Von der organisatorischen Vorbereitung über die Kommunikation mit Eltern bis hin zur Verantwortung für die Sicherheit

der SchülerInnen tragen die verantwortlichen KollegInnen Aufgaben, die weit über den regulären Unterricht hinausgehen. Umso unverständlicher war es für viele Betroffene, dass die bisher gewährte finanzielle Anerkennung plötzlich weggefallen war.

Die fcg – wiener lehrerInnen Team Thomas Krebs hat diesen Missstand gemeinsam mit den zuständigen gewerkschaftlichen VertreterInnen aufgegriffen und auf eine rasche Korrektur gedrängt. Dieser Einsatz war erfolgreich: Das Bildungsministerium hat die Problematik anerkannt und die notwendige Grundlage geschaffen, damit die Belohnung wieder ausbezahlt werden kann. Auch wenn die Summe von 185 Euro den tatsächlichen Mehraufwand nicht vollständig abbildet, ist sie dennoch ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung.

Für KollegInnen im Dienstrecht Pädagogischer Dienst bestand bereits eine gesetzliche Regelung, weshalb diese von der damaligen Vorgangsweise des Ministers nicht betroffen waren.

Als Standesvertretung der fcg – wiener lehrerInnen Team Thomas Krebs freuen wir uns, diesen gewerkschaftlichen Erfolg bekannt geben zu können. Er zeigt, dass konsequente Interessenvertretung wirkt und dass sich der Einsatz für die Anliegen der KollegInnen auszahlt. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Leistungen der LehrerInnen anerkannt und faire Rahmenbedingungen an unseren Schulen sichergestellt werden.



Ich wünsche einen erholsamen Sommer!

IHR Ansprechpartner
für Beratung, Information,
Service und Sonderermäßigungen
in Versicherungsfragen:

Alexander Wondrak
Mobil: 0664/536 64 56,
Email: alexander.wondrak@merkur.at

Mit bis zu 20% LehrerInnenermäßigung in der Gesundheitsvorsorge

Offenlegung:

gemäß Mediengesetz § 25

Herausgeber:

GÖD/Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer, fcg wiener lehrerInnen

Redaktionsteam:

Thomas Krebs (leitend); Stephan Maresch, BEd; Mag. Johannes Idinger;
Christoph Liebhart, BEd; Helga Darbandi; Romana Deckenbacher, BEd;
Dir. Linda Antoni; Barbara Fasching; Sabine Gnant; Martin Groß; Stefan Hanke, BEd, MA;
Christoph Klempla, BEd; Mualla Köse, BEd; Sabrina Kubicek, MMA; Monika Liebhart, BEd;
Dir. Mario Matschl; Petra Pichlhöfer; Kristof Schell; Ulrich Strand, BEd; Arash Taheri, BEd;
Dir. Mag. Petra Tunzer-John; Sandra Waltl

Layout:

Christoph Liebhart, BEd

Alle:

1010, Schenkenstraße 4/5, Tel.: 534 54/431, 435

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors bzw. der Autorin dar,
die sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken muss.

Text und Design des vorliegenden Druckwerks sind urheberrechtlich geschützt.
Jeder Missbrauch wird geahndet.



Österreichische Post AG
MZ 02Z033998M

fcg-wiener lehrerInnen, Schenkenstraße 4/5, 1010 Wien

